

5,50 Meter Projektionsfläche

Die Enthüllung der Karl-Marx-Statue am 5. Mai 2018, der Antikommunismus der Rechten und selbstkritischer Antifaschismus



Ein Essay des Referats für Antirassismus
und Antifaschismus im AstA der Universität Trier



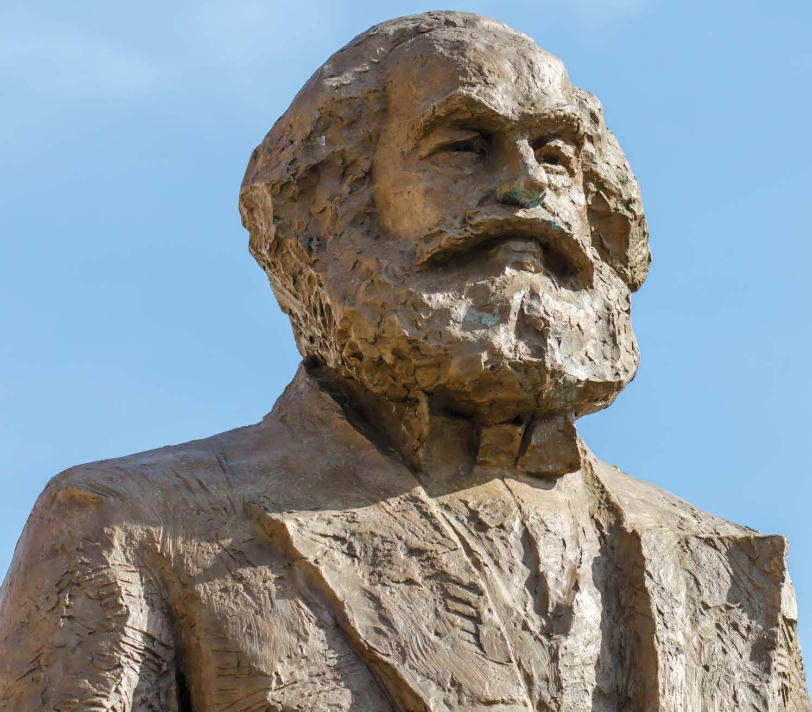
Herausgeber & V.i.S.d.P.:

Referat für Antirassismus und
Antifaschismus im AStA der
Universität Trier (WS 18/19)
Universitätsring 12b
54286 Trier



Redaktion: Klara Steinmetz,
Niklas Wunsch, Jan Maximilian Gerlach
Fotos: Jan Maximilian Gerlach
Auflage: 1.000
Kontakt: astaanti@uni-trier.de
Internet: asta-trier.de/anti

Bei der vorliegenden Broschüre handelt es sich um einen Vorabdruck des gleichnamigen Artikels aus der Ausgabe #9 der *Grenzwertig – Zeitschrift für Migration und Menschenrechte* des Multikulturellen Zentrums Trier. Wir bedanken uns bei Chiara Chassé und Matthias Köberlein für ihr Lektorat und kritische Anmerkungen.



„Alles, was ich weiß, ist, dass ich kein Marxist bin.“ – Karl Marx

5,50 Meter Projektionsfläche

Die Enthüllung der Karl-Marx-Statue am 5. Mai 2018, der Antikommunismus der Rechten und selbstkritischer Antifaschismus

Mehr als die meisten anderen berühmten Intellektuellen eignet sich Karl Marx als Projektionsfläche. Ein Teil der Linken verehrt Marx als prophetischen Heilsbringer. Die neue und die alte Rechte sehen in ihm einen ideologisch verblendeten (mittelbaren) Massenmörder. Vielen Bürgerlichen erscheint er als interessante historische Figur ohne aktuelle Relevanz. Die erste Gruppe projiziert auf Marx also das Bild von der kommunistischen Utopie, die zweite jenes von den „realsozialistischen“ Dystopien und die dritte die Vorstellung von der vermeintlich grundsätzlich anderen historischen Form der Vergesellschaftung zu Marxens Lebzeiten.

Zur feierlichen Enthüllung der 5,50 Meter messenden, der Stadt Trier von der chinesischen Regierung als Geschenk überreichten Marx-Bron-

zestatue auf dem zentral gelegenen Simeonstiftplatz tat jede der drei Gruppen ihre jeweilige Sicht öffentlichkeitswirksam kund: Anhänger allen voran der Parteien DKP und Die Linke brachen auf den Trierer Straßen – ihrer eigenen Kritik an der Oberflächlichkeit und Kommerzialisierung des Marx-Gedenkens sowie am Kotau der Stadt vor China zum Trotz – in kollektive Jubelstürme aus, Sympathisanten der AfD fanden sich zum „Schweigemarsch“ in scheinbarem Gedenken an die Opfer des Kommunismus zusammen, und die Granden der Sozialdemokratie erwiesen ihrem Stammvater Marx die seltene Ehre der positiven Erwähnung, freilich ohne dabei seine Ideen heute noch ernst zu nehmen.

Das Verhältnis der AfD zu Marx und Marxismus im Kontext des 5. Mai ist Gegenstand der folgenden Betrachtungen. Zum Vergleich ziehen wir sodann die örtliche NPD heran. Über den Antimarxismus hinaus weiten wir anschließend die Perspektive auf den Umgang mit der AfD überhaupt, wobei wir ausgehend von einigen theoretischen Überlegungen schließlich praktisch-politische Handlungsmöglichkeiten für Antifaschisten skizzieren.

I. Der Antikommunismus der AfD: ein Vehikel des Antiliberalismus

Die AfD-Demonstration am 5. Mai 2018 glich einem Sammlungsbecken der extremen Rechten. Neben diversen Partei- und Parteijugendfunktionären marschierten auch Leute aus dem Umfeld der Identitären Bewegung sowie der einstige NPD-RLP-Vizechef Sascha Wagner samt einem Tross seiner Gesinnungsgenossen mit. Triers bekanntester Neonazi Safet Babic fehlte hingegen; darauf kommen wir noch zu sprechen.

Die Trierer AfD merkt an, im Namen von Marx seien „Millionen von Menschen im Laufe der Geschichte entrechtet, verfolgt und getötet“ worden,¹ was offenkundig zutrifft. Auch den „unkritische[-n] Hype um seine Person“ sowie das „[bunte] Gemisch von Kitsch, Kommerz und Kult“² greift sie richtigerweise an. Gleiches gilt für die legitimatorische Wirkung der Annahme der von dem Künstler und treuen Parteisoldaten Wu Weishan angefertigten Statue zugunsten der autoritären Diktatur Chinas sowie den „Zusammenhang zwischen marxistischer Ideologie und den Verbrechen des Kommunismus in seinen un-



Vereint im Kampf gegen den Liberalismus: AfD, Identitäre Bewegung und Neonazis

terschiedlichen Ausprägungen“³. All dies ist in der Tat problematisch. Wenn die AfD es anspricht, ist sie denjenigen Linken, die sich elementarer Kritik verweigern, auf diesem Feld objektiv voraus.

Allein zur Ausführung der notwendigen Kritik über die bloße, plakative Ansprache hinaus zeigt sich die Partei außerstande: Jenem Zusammenhang zwischen der Marxschen Theorie und dem realsozialistischen Terror wirklich auf die Spur zu kommen, versucht sie gar nicht erst in ernsthafter Weise. Stattdessen lud sie am Vorabend der Marx-Feierlichkeiten unter dem originellen Titel „Marx vom Sockel holen“ zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, deren prominentester Gast der frühere tschechische Staatspräsident Václav Klaus war. Hier sollte, so die Ankündigung, eine „kritische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“ geboten werden. Klaus sollte offenbar als antikomunistischer Gewährsmann qua Biographie fungieren – schließlich verbrachte er die längste Zeit seines Lebens unter den Verhältnissen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und müsste also schon aus schierer Lebenserfahrung heraus glaubhaft bestätigen können, dass

Marxens Kritik der politischen Ökonomie reines Teufelszeug wäre. Dieser Erwartung wurde er unter explizitem Verweis auf die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, die „für alle genügend, überzeugend und entscheidend“ sein sollten, denn auch gerecht.⁴ Zwar sei er kein Marx-Experte und wolle sich oberflächlichen Urteilen über den „bedeutungsvollen [...] Denker“ enthalten. Das hinderte ihn indes nicht an demjenigen oberflächlichen Urteil, dass Marx gefährlich sei und somit vor ihm gewarnt werden müsse: Jener habe „die Herrschaft des Menschen über den Menschen“ propagiert, und in der historisch geschehenen Trivialisierung seiner Lehre sei deren Stärke, ergo Schwäche, am besten erkennbar geworden. Nach gängigem Schema stellte Klaus ihn dar als wichtigen Sozialwissenschaftler, aber bestenfalls durchschnittlichen Ökonomen.

Im Anschluss an diese scheinkritische Abkanzlung kaprizierte sich der Ex-Präsident auf sein jüngstes Lieblingsthema, namentlich den sogenannten Kulturmarxismus. Unter dieses Stichwort fassen Neurechte und Rechtspopulisten, was sie glauben, als um sich greifende „links-grün versiffte“ Ideologie der „Gutmenschen“ erkannt zu haben: den Hang zur Auflösung der wahren Kultur des weißen Mannes und ihres christlich-abendländischen Familienideals auf der Basis der kulturalanalytischen Betrachtungen von (Neo-)Marxisten der Frankfurter Schule. In den Worten des Redners: „Marxismus kommt zurück [...] unter neuen Fahnen, diesmal weniger roten, mehr grünen und regenbogen[-farbenen]“; Marx selbst – von dem etwa zahlreiche persönliche Briefe in reichlich derber Sprache überliefert sind – assoziierte er absurderweise unmittelbar mit heutiger politischer Korrektheit.



Václav Klaus redet am 4. Mai 2018 gegen den „Kulturmarxismus“ an und haut die Zuhörer vom Sockel

Bei diesem Narrativ hat man es mit einer zeitgenössischen Spielart des alten Phänomens des Antikommunismus zu tun. Als Gegenbewegung ist dieser beinahe so lange in der Welt wie der Kommunismus selbst und fand vor allem im Laufe des 20. Jahrhunderts in verschiedenen Ausformungen nicht zuletzt in Deutschland weite Verbreitung. War er nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Wegfall des Ost-West-Antagonismus zunächst abgeflaut, so scheint er unter den gegenwärtigen Bedingungen des gesellschaftlichen Rechtsrucks wieder Konjunktur zu haben. Wie historisch etwa den Nazis dient der Antikommunismus auch der Neuen Rechten als zentrales ideologisches Element internationaler Vernetzung; das illustriert der Besuch von Václav Klaus zur kollektiven Marx-Schelte. Sein Feindbild findet er, statt in Planwirtschaft und sozialistischer Diktatur, nunmehr in all jenen politischen und gesellschaftlichen Kräften, die Pluralismus, Emanzipation, Gleichstellung, Antidiskriminierung, Multikulturalismus und dergleichen befürworten, also auch in Sozialdemokraten, Grünen etc. Obschon Klaus stellenweise so tat, als würde es sich bei den gesellschaftlichen Eliten des Westens mehrheitlich um glühende Antikapitalisten handeln: Die zum ideologischen Kernbestand der Neuen Rechten wie auch des Rechtspopulismus gehörende Elitenverachtung kann in Zeiten, da offenkundig Neoliberalismus herrscht, die bestehende Hegemonie nicht konsistent als ökonomisch-kommunistisch entlarven. In einer abenteuerlichen Volte denunziert sie diese daher stattdessen als sozusagen kulturell-kommunistisch, eben „kulturmarxistisch“. Eingedenk ideologischer Überschneidungen dürften nichtsdestoweniger viele Anhänger des älteren rechtsradikalen wie auch des traditionellen bürgerlichen Antikommunismus hierfür empfänglich sein, zumal sich ein weites Feld an potentiellen Angriffsobjekten auftut: Klaus bezeichnet gar noch die Europäische Union als kulturmarxistische Akteurin innerhalb des „marxianischen Projekts“ der europäischen Integration. In diesem Lichte mögen denn auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der wie viele andere Marx von der Verantwortung für die Verbrechen des Kommunismus freisprach,⁵ sowie etwa die gesamte SPD, die Marx gar feierte,⁶ als willfähige Erfüllungsgehilfen der kommunistischen Revolution erscheinen.

Im Zusammenhang mit dem „Schweigemarsch“ der Trierer AfD waren folgende Besonderheiten einer antikommunistischen Strategie zu beobachten: Es wurde personalisiert durch die demonstrative Anknüpfung

an einzelne Familiengeschichten, in denen Opfer etwa von DDR-Unrecht vorkommen; es wurde emotionalisiert durch Trauerkranz und Blumen; das Anliegen wurde aktualisiert zum Beispiel durch den Bezug auf die Unterdrückung Tibets durch das – der Propaganda der chinesischen KP gemäß – als „kommunistisch“ markierte China (mit „Free-Tibet“-Plakaten); selbstverständlich wurde unzulässig pauschalisiert, sofern von „den Kommunisten“ als homogener Masse und „dem Kommunismus“ als homogenem Theoriegebäude ausgegangen wurde; Marx ferner wurde logischerweise identifiziert mit Letzterem, genauso wie implizit mit der chinesischen Parteidiktatur, gleichermaßen der sowjetischen usw.; und natürlich wurde über Gebühr simplifiziert, als wäre die Marxsche Theorie ein monolithischer Block ohne jegliche Mehrdeutigkeit und daraus resultierende Auslegungsbedürftigkeit, gleichsam nichts als eine konkrete Schritt-für-Schritt-Anleitung zur Realisierung der „Diktatur des Proletariats“.



Michael Frisch (AfD Trier und MdL, vorne links) und Damian Lohr (Junge Alternative und MdL, vorne rechts) am 5. Mai 2018 in Trier

Das antikomunistische Manöver der AfD im Kontext des Trierer Marx-Tags hinterlässt wegen des Kontrastes zwischen einer gewissen Inbrunst in der Agitation

einerseits und erheblicher Inhaltsarmut andererseits zudem den Eindruck von Wahnhaftigkeit: Imaginiert wird eine sich im bürgerlichen Staat allerorten versteckende moderne Version des „Gespenstes des Kommunismus“, das Marx und Engels 1848 mit dem *Kommunistischen Manifest* auf Europa losließen. In rechtspopulistischen Medien, so etwa in der „Epoch Times“, werden hieraus Verschwörungserzählungen gesponnen: Der Kommunismus habe seinen Ursprung im Satanismus und im Illuminatenorden, Marx und Engels ebenso wie Lenin und Stalin seien allesamt selbst Satanisten gewesen und hätten ihre Ideen vornehmlich aus tiefem „Hass auf die Menschheit“ geschöpft.⁷

An solch buchstäblicher Verteufelung wird deutlich, dass nicht zuletzt die Rückbesinnung auf das Spirituelle – dem Religionskritiker Marx diametral zuwider – in autoritär geprägten Gefühlswelten eine signifikante Rolle spielt. Der neurechte Antimodernismus sehnt nicht nur die Rückkehr zu Familie, Volk und traditioneller Moral herbei, sondern auch jene zur göttlichen Obhut im christlichen Glauben. Insofern schreibt er sich ein in den Kontext des (unbewussten) Strebens nach einer umfassenden Mythologisierung der Lebenswelt, die es dem in der (Post-)Moderne allem einschließlich seiner selbst entfremdeten Menschen erlauben würde, wieder zu sich und obendrein zu Gott zu kommen. Aus dieser Warte inkarniert die Figur Marx das gottlose Gegenbild des sittenlosen, selbstherrlichen Individuums, das sich in seiner Verlorenheit dem Chaos anheimgibt. Dass gerade die Befreiung eben desselben „geknachteten“ Menschen von den Verhältnissen der ständigen Wertverwertung, in denen er gefangen ist, im Zentrum von Marxens Kapitalismuskritik steht, bleibt zurzeit freilich weit über die Reihen der AfD-Unterstützer hinaus den meisten verborgen.

Wähnt Gott auf seiner Seite: Teilnehmer des „Schweigemarsches“ der AfD am 5. Mai 2018 in Trier

Den vulgären Marx-Mythos, dem wie eingangs erwähnt nach wie vor große Teile der Linken anhängen, hat die Rechte längst wahrgenommen – und in einen nicht minder irrsinnigen anti-

kommunistischen Gegenmythos verkehrt. Diesen trug auch die AfD bei ihrem Trierer Anti-Marx-Protest mit Schild und Banner vor sich her. In Wahrheit ist er nur ein Vehikel für ihren Antiliberalismus, mit dem sie gegen die offene Gesellschaft agitiert. Kommunismus symbolisiert in den Augen der Antiliberalen den Großangriff auf alles, was ihnen heilig ist: Volk, Familie, Privateigentum, Religion. Am projektiven Feindbild des freiheitlichen Kommunisten Marx bekämpfen die der völkischen Mythologie solchermaßen Verfallenen die eigene, im autoritären Charakter unterdrückte und pervertierte Sehnsucht nach jener Freiheit, die der Kapitalismus dem Menschen schlechthin versagt.



II. Der Antikommunismus der Trierer NPD: national, sozialistisch und antisemitisch

Die NPD repräsentiert einen anderen Antikommunismus als die AfD. 2013 richtete sie gar ein „Nationales Karl-Marx-Seminar“ aus und plädierte dafür, dass „sich auch Nationalisten die Kapitalismusanalyse von Marx aneignen sollten“.⁸ Der Trierer Kreisvorsitzende der Partei, Safet Babic, steht exemplarisch für Bestrebungen im alt- und neurechten Spektrum, die soziale Frage (wieder) aufzugreifen, sich dazu Marxens Kapitalismuskritik anzueignen und diese von rechts zu aktualisieren, um sodann mit Marx über Marx hinaus den – als amerikanisch, manchmal auch als jüdisch essentialisierten – westlichen Liberalismus sowohl über die kulturelle als auch über die ökonomische Flanke zu attackieren – und die Linke nebenbei überflüssig zu machen.

Die AfD hingegen hat programmatisch keinen Wohlfahrtsstaat im Angebot und besetzt kaum verteilungspolitische Fragen, obwohl ihr völkisch-nationalistischer Flügel genau das (erfolglos) fordert. Es gibt eine parteiinterne Konfliktlinie zwischen den Extremen des Neoliberalismus einerseits und des völkischen Antikapitalismus andererseits, die potentiell zwar durch die verbindende, gesellschaftspolitisch konservative Idee überbrückt werden kann, dass die Familie auffangen soll, was der abgebaute Wohlfahrtsstaat künftig nicht mehr leisten würde: die Übernahme sozialer Verantwortung etwa bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Pflege. Eine solche privatisierte Daseinsvorsorge könnte einen umfassenden Abbau sozialstaatlicher Leistungen realistischerweise aber nicht ausgleichen, weshalb die Wählerschaft der AfD entsprechende Pläne kaum befürworten würde; vielmehr erwartet sie von der Partei ja die eigene (wirtschaftliche) Besserstellung gegenüber Fremdgruppen. Demzufolge ist im Gegenteil davon auszugehen, dass es mittelfristig – analog zur Entwicklung des französischen „Front National“ unter Marine Le Pen – zu einer sozialpolitischen Kurskorrektur der AfD hin zum Paradigma eines ausgebauten „Wohlfahrtsstaates für Deutsche“ kommen wird. Doch das ist noch Zukunftsmusik. In ihrem „Antimarxistischen Manifest“, das die AfD am 5. Mai 2018 in Trier verteilte, heißt es mit Blick auf die Sozialpolitik bislang nur nebulös, man appelliere an das „soziale Verantwortungsgefühl“ der Bürger und wende sich gegen „großangelegte Umverteilungen“. Diese Positionierung ist angesichts ihres derzeit überwiegend eher neoliberal eingestell-

WHAT'S LEFT?



AUSSTELLUNG
DISKUSSION
KONZERT

SHRIMP

TATHANDLUNG

ROBOSAURUS

BÜCHSE

MYTERROR



Am 25. November 2018 feiern wir *25 Jahre Tumult und Theorie*. Konzertkarten ab 5 € (VVK).

ten Führungspersonals, das nicht bereit für eine wirtschaftspolitische strategische Wende ist, nicht verwunderlich und steht im Widerspruch zur Programmatik der NPD.

Die Unterschiede zwischen den rechten Antikommunisten traten im Trierer Mai 2018 auch an anderer Stelle hervor: Während die AfD Marx als „[übeln] Rassist[-en] und Antisemit[-en]“ schmähte⁹, machte ein NPD-Flugblatt ihn als „Karl Mordechai Marx“ zum Juden sowie „antideutschen Terror-Theoretiker“, dessen Ideen „Lenin, Stalin und Mao [...] nicht ‚missbraucht‘, sondern folgerichtig angewandt“ hätten. Der Antikommunismus der NPD ist ohne den antisemitischen Topos, wonach die Juden hinter dem Kommunismus stünden und das deutsche Vaterland verraten hätten, nicht zu fassen.

Trotzdem hatte sich Babic wiederholt positiv zur AfD geäußert. 2016 hatte er dem „Spiegel“ gesagt, er könne sich im Falle eines NPD-Verbotes durchaus vorstellen, der AfD beizutreten. Die ernste gegenwärtig politisch, was die NPD gesät habe.¹⁰ Im September 2017 hatte er bei einer NPD-Kundgebung in Trier erklärt: „Es freut mich, dass im nächsten Bundestag mit großer Sicherheit die AfD einziehen wird, und damit eine Partei, die zumindest viele Forderungen der NPD ins Volk trägt und damit auch noch bekannter macht. [...] Die AfD geht in die richtige Richtung, aber wir gehen noch einen Schritt weiter. Unser Ziel ist die nationale Revolution in Deutschland, unser Ziel ist der nationale Umbruch“.¹¹



NPD-Trier-Chef Safet Babic (rechts) pfeift auf die Karl-Marx-Statue

Die AfD ist für Babic eine taktische Option, aber inhaltlich keine deckungsgleiche Organisation. Und auf persönlicher Ebene dürfte der, wie es im „Spiegel“ heißt, „König einer Handvoll NPDler“ das Bedürfnis haben, sich abzuheben und herauszustechen. Das tat er während der Enthüllung des Marx-Monuments gemeinsam mit den wenigen eigenen Anhängern und anderen wütenden Einzelpersonen, indem sie die offizielle Zeremonie in der Innenstadt durch Pfiffe und Rufe störten. Die Trierer AfD samt ihrem Vorsitzenden, dem früheren Mathematik- und Religionslehrer und jetzigen Abgeordneten im Mainzer Landtag Michael Frisch, verfügt ihrerseits wiederum über genug politischen Weitblick, um nicht mit Babic zu paktieren.

III. Zum Umgang mit der AfD

In diesen Zeiten der – nahezu globalen – Renaissance des Autoritarismus darf die Linke ihren Fokus nicht auf die emanzipatorische Perspektive allein verengen, sondern muss sich zuvorderst der wachsenden regressiven Dynamik entgegenstellen. Aber wie? Weit über das Feld des

Antikommunismus hinaus stellt sich die Frage nach dem richtigen Umgang mit den politischen Akteuren dieser Dynamik, zu denen auch die AfD zählt.

Generell finden wir es richtig, Sagbarkeitsgrenzen zu definieren und auf ihre Einhaltung zu bestehen: Faschistoide Meinungen sollen nicht gleichberechtigt diskutiert werden. Äußerungen sind stattdessen am Prinzip argumentativer Redlichkeit zu messen. Sagbarkeitsgrenzen dürfen indes nicht willkürlich gezogen werden, sondern müssen ihrerseits nachvollziehbar begründet sein. Um der AfD wirksam entgegenzutreten zu können, ist es notwendig, dass sich demokratische Werte und Überzeugungen im Diskurs durchsetzen und mithin die Grundlage des demokratischen Zusammenlebens dauerhaft erhalten bleibt.

Tatsächlich befindet sich die antifaschistische Bewegung selten in der Position, darüber zu entscheiden, wie der öffentliche Diskurs geführt wird. Daher schlagen wir vor, die Frage nach dem richtigen Umgang mit der AfD pragmatisch anzugehen. Wir meinen: Die Diskussion mit Menschen, die kein geschlossenes Weltbild haben, lohnt sich. Darunter fallen prototypisch Mitläufer, also Leute ohne herausragende Position (zum Beispiel eine Funktion in der Partei), die zudem grundsätzlich auf Argumente eingehen und damit anerkennen, dass ihr Gegenüber recht haben könnte. Dagegen lohnt es sich nicht, mit Leuten zu diskutieren, die ein geschlossenes Weltbild haben, also grundsätzlich nicht zugänglich sind für Argumente und andere Sichtweisen. Prototypisch kann man hier an Kader denken, also Personen in herausragender Position.

Von dem pseudoantifaschistischen Reflex, die Forderungen der AfD a priori als nazistisch zu etikettieren, müssen sich Antifaschisten befreien und stattdessen argumentieren, welche Überzeugungen tatsächlich antidemokratisch und menschenfeindlich sind. Nötig ist eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung, die nicht auf Affekte setzt, sondern eine gewissenhafte Analyse vorlegt. Dazu gehört es, die AfD als ein neues Phänomen zu begreifen, das zugleich in der alten politischen Tradition der sogenannten Konservativen Revolution steht. Gewissenhafter Antifaschismus analysiert die AfD in ihrer konkreten Gestalt und ihrem konkreten Handeln und bedient sich dabei insbesondere einer vernunftgeleiteten Kapitalismuskritik sowie einer sozialpsychologischen Faschismusanalyse. Einem pseudoantifaschistischen Reflex par

excellence gibt die Linke nach, wenn sie sich in Gegnerschaft zum real existierenden antimuslimischen Rassismus der AfD blind vor alle Muslime oder gleich vor den Islam als Ganzes stellt und dabei unfähig wird, die Objekte ihres paternalistischen Schutzes kritisch anzusehen. Eine solche Linke ist empathielos und nimmt die Zurichtungen nicht wahr, die vielen Muslimen – und allen anderen Opfern – von anderen Muslimen angetan und mit dem Islam begründet werden. Beispielfhaft seien hier Zwangsverschleierung, Ehrenmorde und Terrorismus genannt. Wem es wie Marx wahrhaftig darum geht, gegen alle Verhältnisse anzukämpfen, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, muss auch Islamkritik üben, damit sich die Vernunft gegen den religiösen Wahn durchsetzt.

Der Aufstieg der AfD fällt in eine Zeit der Expertokratie, die von dem undemokratischen Gedanken gekennzeichnet ist, dass gesellschaftliche Probleme Sachzwängen unterlägen, die nach ganz bestimmten, scheinbar rationalen Lösungen verlangten. In diesem Denken ist kein Platz für den demokratischen Streit, denn jene Lösungen sind angeblich „alternativlos“. So erscheinen beispielsweise die Rettung von Banken und die Abschottung Europas als einzig rationale Vorgehensweisen, um das Finanzsystem bzw. Sicherheit und Wohlstand zu erhalten. Dabei sind in beiden Fällen durchaus andere Lösungen denkbar, die aber kaum überhaupt erwogen, geschweige denn breit diskutiert würden. Für die AfD ergibt sich hier die Möglichkeit, einen Kampf um Ordnungsprinzipien zu führen, indem sie eine gesamtgesellschaftliche Alternative zur herrschenden Expertokratie formuliert und damit die Demokratie an ihr Versprechen auf Kontroverse erinnert. Manche Beobachter erhoffen sich vor diesem Hintergrund eine unfreiwillige Revitalisierung der Demokratie durch die AfD. Vergessen sollte man indes nicht, dass diese Partei in ihrem Kern der antidemokratischen Vorstellung völkischer Homogenität anhängt und sich im Politischen nach einer Harmonie sehnt, die ausdrücklich im Widerspruch zum Wesen der Demokratie, dem demokratischen Streit, steht. Exemplarisch heißt es dazu im „Antimarxistischen Manifest“: „Wir wenden uns gegen die [...] sozialistische Gleichmacherei und die damit verbundene, gewaltsam umgesetzte Nivellierung biologischer und kultureller Unterschiede auf der Ebene der einzelnen Menschen wie auf der von Gemeinschaften, Völkern und Staaten“. Um ihre Ziele zu erreichen, inszeniert sich die Partei als Vollstreckerin eines Volkswillens, der auf einem einfachen

Freund-Feind-Denken basiert und – in Anlehnung an Nazi-Vordenker Carl Schmitt – bloß noch von ihr erfüllt und umgesetzt werden müsste. Damit stellt sich die AfD gegen jede parlamentarische Vermittlung, die das Gemeinwohl im demokratisch-pluralistischen Prozess von repräsentativen Mehrheiten aushandelt. Spiegelbildlich zur Expertokratie gibt es auch hier kein Ringen um Argumente, keine demokratische Diskussion und keine Kompromisse zwischen den Repräsentanten unterschiedlicher Interessen. Zum Ausdruck kommt dieses Politikverständnis beispielsweise im Abkanzeln der „Altparteien“ als „Volksverräter“.

Dabei verschiebt die AfD Sagbarkeitsgrenzen und versucht, das konservative Milieu zu radikalisieren. Sie möchte sich im demokratischen Pluralismus verankern und so langfristig eine rechte Hegemonie errichten. Mit ihren Homogenitätsphantasien (völkisches Staatsbürgerverständnis, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus etc.) stellt sie sich gegen die Freiheit und die Gleichheit der Menschen. Konkret lässt sich

Das Podium am 4. Mai 2018: Petr Bystron (MdB, AfD), Václav Klaus (Staatspräsident der Tschechischen Republik a. D.), Uwe Junge (MdL, AfD), Michael Frisch (MdL, AfD) (v.l.n.r.); nicht im Bild: Joachim Paul (MdL, AfD)



das zum Beispiel an Beatrix von Storchs Erwägung eines Schießbefehls auf Flüchtlinge festmachen; an dem Versuch, Geschlechterverhältnisse zu naturalisieren und Frauen den Subjektstatus abzuspochen; an der Forderung, das Territorialprinzip zugunsten einer völkischen Bluts- und Abstammungsgesellschaft abzuschaffen; oder an der Anfrage einer ihrer Abgeordneten im Thüringer Landtag zur Erfassung der Anzahl der Homo-, Bi- und Transsexuellen in dem Bundesland. Der AfD gegenüber tolerant zu sein, hieße also, Gleichheit und Freiheit zu verraten.

IV. Antifaschistischer Gegenprotest über das Marx-Wochenende hinaus

Über den konkreten Anlass hinaus stellt sich generell die Frage, wie Antifaschisten sinnvoll auf die Kampagnen der AfD reagieren können. Positiv in Erinnerung geblieben ist uns ein Redebeitrag, den Pro Familia Trier am 4. Mai 2018 anlässlich einer Kundgebung gegen die AfD hielt und der sich gerade nicht darauf reduzierte, Letztere zu dämonisieren. Stattdessen vermittelte die Rede einen Eindruck davon, was der gesamtgesellschaftliche Angriff der AfD auf die „aufgeklärte und freie Gesellschaft“ auch bedeutet: Alleinerziehenden wird – entgegen den Erkenntnissen psychologischer Forschung – unterstellt, sie würden die kindliche Entwicklung schädigen; Frauen wird sukzessive das Recht abgesprochen, über ihre Schwangerschaften selbst zu entscheiden, und dagegen der angebliche Schutz ungeborenen Lebens in Stellung gebracht; Kindern und Jugendlichen soll altersgerechte Sexualaufklärung vorenthalten werden und entsprechende Programme werden als „Frühsexualisierung“ geschmäht; Homo- und Transsexualität sind für die AfD schlichtweg „Genderideologie“, eine Stigmatisierung, die homo- und transphober Gewalt das Feld bereitet; Familien sind, wie es im „Antimarxistischen Manifest“ heißt, „sinnvolle und schützenswerte Keimzelle des Staates“ – der Erhalt AfD-idealtypischer Familien wird damit zur nationalen Schicksalsfrage und die „Selbstabschaffung Deutschlands“ zu ihrem Alptraum, der nicht nur vom diagnostizierten Sittenverfall liberaler Deutscher genährt wird, sondern auch durch den Zuzug von Flüchtlingen und ihren Familien droht, Realität zu werden. Mit der AfD droht ein Rollback in die 1950er und 1960er Jahre, der eine selbstbestimmte Lebensplanung verhindern und sowohl Frauen als auch Männer in antiquierte Rollenbilder zwingen will. Auf dem Spiel stehen die persönliche Freiheit und die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Zur Form des Protests: Demonstrationen bergen immer die Chance, sich selbst als Teil einer handlungsfähigen Bewegung zu begreifen, die real in der Lage ist, politisch-gesellschaftlichen Einfluss auszuüben. Statt das Demonstrieren lediglich als Pflicht-Freizeitgestaltung und „Socialising-Event“ zu konsumieren, bei dem man sich in erster Linie mit Freunden trifft und Kontakte pflegt, sollte es darum gehen, sich stärker als kollektiven politischen Akteur zu verstehen. Diese Selbster-

mächtigung entsteht organisatorisch wiederum in der Tat durch das Knüpfen von Netzwerken (die auch außerhalb von Demonstrationen politische Synergien erzeugen sollten) und durch ein gemeinsames Erleben als Kollektiv, das demokratisch für gemeinsame, vernünftige Ziele eintritt.

Nach außen können Demonstrationen die wichtige Funktion erfüllen, unbekannte Narrative, politischen Protest, eigene Argumente und ganz allgemein Alternativen sichtbar zu machen; dies durch Transparente, Reden, Schilder, Pressearbeit und – hier sehen wir großen Nachholbedarf in Trier – durch Flugblätter, die an Passanten verteilt werden. Eine Demonstration sollte stets klar und offensiv nach außen kommunizieren, welche Kernanliegen sie vertritt, um Unentschlossene anzusprechen und politische Gegner mit konträren Standpunkten zu konfrontieren – andernfalls kann man sich auch gleich, ohne Polizei, gemeinsam auf ein Bier in der Kneipe treffen. Eventuell ist eine Demonstration nicht immer der beste Weg, in die Öffentlichkeit zu treten; man sollte sich auch einmal Gedanken über ein etwaiges Ausbrechen aus der Demoroutine machen. Eine mögliche Alternative können Kunstaktionen sein.

Gegendemonstranten am 5. Mai 2018:
Pseudoantifaschistischer Reflex oder
fundierte Kritik?

Nach innen müssen Demonstranten selbstkritisch bleiben und offen um die richtigen Argumente ringen. Wenn sie das ehrlich tun, ist eine „Spaltung“ im Sinne einer Abspaltung von falschen Standpunkten unausweichlich. Selbstkritik hilft auch dagegen, dass die Funktion der Selbstvergewisserung bei Demonstrationen übermächtig wird und in den Mittelpunkt der politischen Aktion rückt. Begünstigt wird Letzteres durch häufig richtige, aber höchst unrealistischen Forderungen, wie zum Beispiel jene nach der Abschaffung der „Festung Europa“¹². Da diese Forderung offensichtlich nicht durchsetzbar ist, bliebe von der Aktion kaum mehr als die moralische Selbstvergewisserung übrig, für „das Richtige“ auf die Straße gegangen zu sein, wenn-



gleich dies auch absolut folgenlos wäre. Damit werden die Politik und mit ihr die gesellschaftlichen Verhältnisse als unveränderbar erlebt.

Gegen Demokratieverdross hilft es, Demokratie erlebbar zu machen. Zu erfahren, dass man selbst einen Unterschied machen und das eigene Handeln (politische) Konsequenzen haben kann, ist eine wichtige individuelle und kollektive Erfahrung im Hinblick auf das Fortbestehen der Demokratie. Für eine antifaschistische Bewegung heißt das im Umkehrschluss, dass sie mit der kontinuierlichen Produktion von Misserfolgen an ihrem eigenen Ast sägt, weil sie ihre Aktiven so dem Risiko ständiger Desillusionierung aussetzt. Die politische Irrationalität hinter mancherlei Forderung lässt sie Gefahr laufen, die faktische Begrenztheit der unmittelbaren politischen Einflussmöglichkeiten auf konkrete Politiken zu verkennen. Dieselbe wohnt dem demokratischen Prozess in der repräsentativen Demokratie aber nun mal inne und ist unseres Erachtens als Konsequenz parlamentarischer Vermittlung zum Zwecke der Sicherung individueller Freiheit auch prinzipiell vernünftig. Der Prozessblindheit verschwistet ist die Tendenz, die ungleich größeren, jedoch weniger greifbaren mittelbaren politischen Veränderungspotentiale, insbesondere hinsichtlich der Ausbildung kritischen Bewusstseins in der Gesellschaft, zu vernachlässigen. Mit diesem ständigen Widerspruch zwischen Gestaltungsmacht und -ohnmacht muss jede politische Bewegung umgehen. Seine Lösung beginnt damit, sich der Grenzen des eigenen Einflusses gewahr zu werden, ohne daran entweder resignieren, abzustumpfen und der Ohnmacht zu erliegen – oder aber in kopflosen Aktionismus zu verfallen. Vielmehr sind die eigenen politischen Kämpfe mit Bedacht zu wählen sowie je neu entstehende Widersprüche intellektuell zu durchdringen und praktisch auszuhalten.

Fußnoten:

¹ AfD Stadtratsfraktion Trier (2018): Marx vom Sockel holen, in: Stadtbibliothek Walderdorff. URL:
<http://www.stadtbibliothek-walderdorff.de/icc/stadtbibliothek-walderdorff/nav/fde/broker.jsp?uMen=89f50087-3ef9-c041-e4fe-cad1a348b027&uCon=c333daf9-9d7f-2618-bdc3-c752a59976c6&uTem=63f7089a-29fc-6c31-e777-d8b132ead2aa> [09.09.2018].

² Ebd.

³ Vgl. ebd.

⁴ Vgl. Klaus, Václav (2018): 200 Jahre Karl Marx, in: Youtube.com. Video-URL:
<https://www.youtube.com/watch?v=apQDa4oEtyc> [09.09.2018]; sowie Klaus, Václav (2018): Sollte Karl Marx zweihundert Jahre nach seinem Geburtstag ein neues kolossales Denkmal in Trier bekommen? Text-URL:
<https://www.klaus.cz/clanky/4265> [09.09.2018].

⁵ SWR Aktuell Rheinland-Pfalz (2018): Große Ehre für Karl Marx. URL:
<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/trier/So-feiert-Trier-den-200-Geburtstag-von-Karl-Marx,festakt-200-jahre-marx-in-trier-100.html> [09.09.2018].

⁶ Wientjes, Bernd (2018): „Ohne die Trierer Winzer hätte Karl Marx das Kapital gar nicht geschrieben“, in: Trierischer Volksfreund. URL:
https://www.volksfreund.de/region/spd-ehrt-marx-mit-eigener-feier-im-theater-trier_aid-22458293 [09.09.2018].

⁷ Epoch Times (2018): Der dunkle Ursprung des Kommunismus: Hass auf die Menschheit, Hass auf die Schöpfung – Ein Spezialeditorial. URL:
<https://www.epochtimes.de/wissen/der-dunkle-ursprung-des-kommunismus-satanismus-illuminaten-und-ihr-hass-auf-die-welt-a2065872.html> [09.09.2018].

⁸ Sache des Volkes (2013): Nationales Karl Marx-Seminar. URL:
<https://sachedesvolkes.wordpress.com/2013/05/08/nationales-karl-marx-seminar/> [09.09.2018].

⁹ AfD Trier (2018): Nie wieder Marxismus!, in: Facebook.com. URL:
<https://www.facebook.com/afdtrier/photos/a.690850020962273/1795277113852886/?type=3&theater> [09.09.2018].

¹⁰ Stuff, Britta (2016): Heimat, in: Der Spiegel 36/2016, Seiten 34-37. URL:
<http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/146612502> [09.09.2018].

¹¹ Bassin, Max (2017): 444 in Trier – Ist Safet Babic zurück?, in: Zeit Online Blog Störungsmelder. URL:
https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2017/09/07/444-in-trier-ist-safet-babic-zurueck_24747 [09.09.2018].

¹² Wir sind uns der Etablierung dieses Begriffs durch Joseph Goebbels bewusst, sehen aber auch, dass er einen Bedeutungswandel erfahren hat und heute häufig für pointierte Kritik an der europäischen Abschottungspolitik verwendet wird.

Trier am 5. Mai 2018: Als die im Stadtzentrum aufgestellte Karl-Marx-Statue made by China endlich ihre rote Haube verliert, bricht die parteiförmige Linke nebenan in kollektive Jubelstürme aus. Nur wenige Meter weiter ist der „Schweigemarsch“ der AfD in scheinbarem Gedenken an die Opfer des Kommunismus angekommen. Triers berühmtes Nazimaskottchen Safet Babic pfeift die offizielle Enthüllungsfeier derweil aus. Dort erweisen wiederum auch die Granden der Sozialdemokratie ihrem Stammvater Marx die seltene Ehre, ihn positiv zu erwähnen, freilich ohne dabei seine Ideen heute noch ernst zu nehmen.

Die Jubellinken projizieren auf Marx also das Bild von der kommunistischen Utopie, die Rechten jenes von den „realsozialistischen“ Dystopien und die Sozen die Vorstellung eines realpolitisch eingehegten Sozialismus im Kapitalismus. Die Bronzestatue bietet seither eine 5,50 Meter hohe Projektionsfläche für Bedürfnisse und Wünsche aller Art.

Gegenstand dieser Broschüre ist das Verhältnis der neuen (AfD) und der alten (NPD) Rechten zu Marx und Marxismus. Über die Beschäftigung mit dem Antikommunismus hinaus weiten wir die Perspektive eingedenk der gegenwärtigen Renaissance des Autoritarismus auf den Umgang mit der AfD überhaupt. Ausgehend von einigen theoretischen Überlegungen skizzieren wir schließlich praktisch-politische Handlungsmöglichkeiten für Antifaschisten.

Referat für Antirassismus und Antifaschismus im AStA der Universität Trier

